



Foto: photothek

BASis Info 12/2025

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit Mai 2025 übernehmen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner Verantwortung in einer Zeit großer Herausforderungen, in der es wichtig ist, dass Politik Tatkraft, Sicherheit und Vernunft ausstrahlt. Und genau das haben wir in der SPD-Bundestagsfraktion geliefert: mit klaren Entscheidungen, mit sozialdemokratischem Kompass und mit dem festen Willen, dieses Land zusammenzuhalten.

In nur sieben Monaten haben wir das Fundament für die Zukunft gelegt: ein historisches Sondervermögen für Investitionen, sichere Renten, bezahlbare Mobilität mit dem Deutschlandticket, mehr Tempo beim Bauen und beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir entlasten Familien, Pendlerinnen und Pendler, Ehrenamtliche – und wir stärken Pflege, Sicherheit und den Schutz von Frauen. Das sind spürbare Verbesserungen im Alltag.

Die SPD sorgt dafür, dass diese Koalition eine Regierung mit Haltung ist. Für einen Staat, der investiert, statt kaputtzusparen. Für Respekt gegenüber denen, die arbeiten, sich kümmern, Verantwortung tragen. Und für ein Deutschland, das moderner, gerechter und stärker aus dieser Zeit hervorgeht.

Nach sieben Monaten stehen wir erst am Anfang. Aber diese Zeit zeigt: Die SPD macht den Unter-

schied. Wir halten Wort – und wir arbeiten weiter, jeden Tag, für ein Land, das sicher und gerecht vorankommt und niemanden zurücklässt.

Die Berichte über den Anschlag in Sydney haben uns zutiefst erschüttert. Dass der Angriff am jüdischen Lichterfest Chanukka geschah, einem Fest des Lichts und der Hoffnung, macht ihn besonders schmerhaft. Meine Gedanken sind bei den Opfern, ihren Familien und der jüdischen Gemeinschaft.

Antisemitismus und Hass dürfen in Deutschland und weltweit keinen Platz haben. Ich stehe in tiefer Solidarität an der Seite der jüdischen Gemeinschaft in Australien und weltweit. Niemand darf wegen seines Glaubens, seiner Herkunft und seiner Identität Ziel von Hass und Gewalt werden. Der Anschlag trifft uns alle. Er macht schmerhaft deutlich, wie wichtig es ist, entschieden gegen Antisemitismus und jede Form von Hass vorzugehen. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, solche Gewalttaten zu verhindern.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben friedliche und besinnliche Weihnachtstage. Kommen Sie gut ins neue Jahr.

**Herzliche Grüße
Bärbel Bas**



Verbraucherschutz gestärkt

Ob Greenwashing mit unbelegten Behauptungen zur Umweltfreundlichkeit oder Manipulation im Netz durch sogenannte Dark Patterns: Solche Praktiken erschweren Verbraucherinnen und Verbrauchern den Alltag unnötig und benachteilen sie. Mit zwei Gesetzen, die wir in der vergangenen Woche beschlossen haben, gehen wir diese Themen an.

So müssen Umweltaussagen zu Produkten und Dienstleistungen künftig klar belegt werden. Aussagen zu vermeintlicher Klimaneutralität durch Compensationsmaßnahmen verbieten wir ganz. Den Wald an Nachhaltigkeitssiegeln lichten wir. Im parlamentarischen Verfahren haben wir uns dafür stark gemacht, dass die guten neuen Regeln, die auf EU-Vorgaben beruhen, möglichst keine ungewollten negativen Folgen etwa für die Stiftung Warentest oder Nichtregierungsorganisation haben. Auch wollen wir mit einer längeren Übergangsfrist vermeiden, dass bereits produzierte Waren, die den geänderten Vorgaben nicht entsprechen, ver-

nichtet werden. Hierfür setzen wir uns bei der EU-Kommission ein.

Manipulativen Praktiken beim Online-Vertrieb von Finanzdienstleistungen sagen wir den Kampf an. Vorangeklickte Kästchen oder wiederholte Aufforderungen, die uns zu einer Entscheidung drängen wollen, die vor allem dem Unternehmen nutzt, sind künftig verboten.

Wir führen außerdem den Widerrufsbutton ein. Ganz leicht online einen Vertrag schließen, aber beim Widerruf nur komplizierte Kontaktmöglichkeiten? Damit ist künftig Schluss. Verbraucherinnen und Verbraucher können einen Vertrag dann genauso einfach widerrufen, wie sie ihn abgeschlossen haben. Außerdem stärken wir mit dem Gesetzespaket die Rechte von Patientinnen und Patienten, indem wir die Einsichtnahme in die Behandlungsakte erleichtern. Diese muss nun vollständig und unverzüglich zur Verfügung gestellt werden.

Standortfördergesetz beschlossen

Mit dem in der vergangenen Woche vom Bundestag beschlossenen Standortfördergesetz stärken wir den Wirtschafts- und Finanzstandort Deutschland.

Durch das Gesetz werden private Investitionen vor allem in Start-Ups und Scale-Ups erleichtert. Das ist wichtig, damit in Deutschland nicht nur gute Ideen produziert werden, sondern die jungen Unternehmen hier vor Ort bleiben, ihre Produkte hier in den Markt einführen und somit für Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand sorgen.

Darüber hinaus wollen wir gezielt private Investitionen in Infrastruktur und erneuerbare Energien leiten.

Mit dem Gesetz verbessern wir die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen, bauen Hürden bei der Finanzierung durch Venture Capital ab und sorgen für bürokratische Entlastung im Finanzmarktbereich.

Das Standortfördergesetz flankiert die öffentlichen Investitionen, die wir über das Sondervermögen Infrastruktur ermöglichen und wird Hand in Hand mit dem geplanten Deutschlandfonds gehen. Mit dem Zusammenspiel aus öffentlichen und privaten Investitionen stärken wir den unseren Wirtschaftsstandort nachhaltig und spürbar!



Alterssicherungskommission eingesetzt

Eine verlässliche Alterssicherung ist ein zentrales Versprechen unseres Sozialstaats: Wer Jahrzehntelang gearbeitet hat, muss auch im Alter ordentlich abgesichert sein. Deshalb ist es richtig, dass in den vergangenen Wochen intensiv über sie Rentenpolitik diskutiert, manchmal auch gerungen wurde.

Anfang Dezember hat der Deutsche Bundestag die gesetzliche Grundlagen zur Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2031, der Vollendung der Mütterrente, zur Stärkung von Betriebsrenten und der Einführung einer Aktivrente geschaffen. Außerdem hat das Bundeskabinett eine Reform der privaten Altersvorsorge sowie Eckpunkte zur Frühstart-Rente beschlossen. Die Koalition hat damit bereits viele Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

In der vergangenen Woche haben wir eine weitere Zusage eingelöst, die wir bei der Bildung dieser Regierung gegeben haben: Wir setzen die Alterssicherungskommission ein.

Die Kommission erhält den Auftrag, sich mit dem weiteren Reformbedarf der Rentenversicherung zu beschäftigen. Denn trotz der bereits geplanten und umgesetzten Maßnahmen wissen wir: Um die Rente langfristig stabil zu halten, braucht es auch strukturelle Reformen.

Daher wird die Kommission die Alterssicherung als Gesamtsystem betrachten und alle drei Bereiche der Vorsorge — die gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge — in ihre Analyse einbeziehen. Sie wird konkrete Vorschläge entwickeln, wie die verschiedenen Bereiche der Vorsorge ineinander greifen können, damit Menschen im Alter gut abgesichert sind und ihren Lebensstandard halten

können. Gerade kleine und mittlere Einkommen muss die Kommission dabei besonders im Blick haben—ebenso wie die Frage nach einer langfristigen und nachhaltigen Finanzierung des Gesamtsystems.

Um diesem Auftrag gerecht zu werden, wird sich die Alterssicherungskommission mit unterschiedlichen Reformansätzen auseinandersetzen, etwa zum Renteneintrittsalter, zur Rentenentwicklung und zur Einbeziehung weiterer Gruppen oder Einkommensarten.

Die Kommission besteht aus 13 Mitgliedern aus Wissenschaft und Politik, die von CDU, CSU und SPD vorgeschlagen wurden. Den Vorsitz der Alterssicherungskommission haben Prof. Dr. Constanze Janda und Dr. Frank-Jürgen Weise inne. Stellvertretende Vorsitzende sind die Bundestagsabgeordneten Dr. Florian Horn (CSU), Annika Klose (SPD) und Pascal Reddig (CDU).

Weitere Mitglieder sind: Prof. Dr. Peter Bofinger, Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen, Prof. Dr. Georg Cremer, Prof. Dr. Camille Logeay, Dr. Monika Querisser, Prof. Jörg Rocholl, PhD, Prof. Dr. Silke Übelmesser und Prof. Dr. Martin Werding.

Zusätzlich hat die Deutsche Rentenversicherung als Sachverständige in der Kommission einen dauerhaften Sitz ohne Stimmrecht.

Die Kommission arbeitet unabhängig und frei von Weisungen. Sie wird am Ende des zweiten Quartals 2026 Vorschläge für Reformen der Alterssicherung vorlegen.



Foto: photothek

Mein Tagebuch

Wie bereits in den vergangenen Jahren versende ich auch in diesem Jahr keine Weihnachtskarten. Ich verzichte darauf nicht leichtfertig, denn ich weiß, dass sich viele sehr über eine Karte zu Weihnachten in ihrem Briefkasten freuen. Doch viele Duisburger Initiativen brauchen jeden Euro. Deshalb habe ich es zur Tradition gemacht, mit meinem Weihnachtskartenbudget eine gemeinnützige Organisation aus Duisburg zu unterstützen. In diesem Jahr spende ich mein Weihnachtskartenbudget an den Zebrakids e.V. Der Verein engagiert sich seit vielen Jahren für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche aus der Region und ermöglicht Teilhabe, Gemeinschaft und besondere Erlebnisse. Diese Arbeit verdient unsere Anerkennung und Unterstützung. Wenn Sie auch die Zebrakids unterstützen möchten, können Sie eine Spende auf das Vereinskonto überweisen: IBAN: DE82 3505 0000 0200 1409 11, Verwendungszweck: Spende an die Zebrakids.

Ein großes Thema für unsere Stadt bleibt der Stahl. Als wichtigster Stahlstandort Europas stehen wir weiterhin vor enormen Herausforderungen. Auch über die Weihnachtszeit bangen viele der Beschäftigten bei Thyssenkrupp und HKM um ihre Arbeitsplätze und blicken mit Sorge auf die kommenden Jahre. Jeder einzelne verlorene Arbeitsplatz in der Stahlindustrie ist ein harter Schlag für unsere Stadt. Denn die Stahlindustrie ist nicht nur Teil unserer Identität, sie ist das Herz unserer Industrie und sichert als Arbeitgeber die Existenz tausender Beschäftigter und ihrer Familien. Deshalb setze ich mich in Berlin dafür ein, dass verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Duisburg und Deutschland ein starker Stahlstandort bleiben — sozial, klimaneutral und wettbewerbsfähig. Da-

für kämpfe ich an der Seite der Beschäftigten, der Betriebsräte und der IG Metall.



In den letzten acht Wochen hat Lara Welter als Praktikantin mein Team in meinem Berliner Abgeordnetenbüro unterstützt. Dabei konnte sie spannende Einblicke in den Arbeitsalltag im Bundestag sammeln.

Es freut mich, dass ich Lara diese Erfahrungen ermöglichen konnte. Ich danke ihr herzlich für ihren Einsatz und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute.

Auch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen die Zeit zwischen den Jahren, um Kraft zu tanken. Mein Büro in Berlin und mein Wahlkreisbüro sind ab dem 24. Dezember in der Weihnachtspause und ab dem 5. Januar wieder für Sie da.

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:
<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

Neues zum Schluss